

16.02.2012

Berlin: Konferenz fordert humanitäre Lösung für die Menschen in Ashraf

Rita Süßmuth: „Ohne die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft besteht die Gefahr, dass die Übergriffe zunehmen. Die einzig sichere Lösung ist die Aufnahme der Exiliraner durch andere Länder.“

Am 16. Februar hat im Berliner Abgeordnetenhaus eine Konferenz zur Lage der in Ashraf im Irak lebenden iranischen Oppositionellen stattgefunden. Die Mitwirkenden riefen die internationale Gemeinschaft zu Schutzgarantien für die Exiliraner in Ashraf auf, denen weiter Zwangsvertreibung und Deportation den Iran drohen.

Sicherheits- und Europapolitiker forderten die Bundesregierung auf, iranische Oppositionelle aus Ashraf in Deutschland aufzunehmen. Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen sprach sich während der Konferenz dafür aus, dass Deutschland ein "entsprechendes Kontingent von etwa 500 Flüchtlingen" aufnehmen solle. Nach seinen Informationen beginne derzeit eine Umsiedlung der iranischen Asylsuchenden von Ashraf in ein provisorisches Lager nahe Bagdad. Aufgrund bereits bekannter Übergriffe durch irakische Sicherheitskräfte warnte Verheugen vor erneuten Menschenrechtsverletzungen.

Unter den Mitwirkenden der Informationsveranstaltung in Berlin waren:

- Prof. Dr. Rita Süßmuth, langjährige deutsche Bundestagspräsidentin
- Prof. Horst Teltschik, langjähriger Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz
- Prof. Bassam Tibi, Professor für Internationale Beziehungen und Nahost-Experte
- Bernd Häusler, Menschenrechtsbeauftragter und Vizepräsident der Berliner Rechtsanwaltskammer

Auch die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth unterstützte den Appell zur Aufnahme von politischen Flüchtlingen aus Ashraf in Deutschland. Nach Meinung der Politikerin übt das Teheraner Regime derzeit "enormen Druck" auf den Irak aus, die dortigen rund 3000 Flüchtlinge "verschwinden zu lassen". Ohne die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft bestehe die Gefahr, dass die Übergriffe zunehmen. Die einzig sichere Lösung sehe sie in der Aufnahme der Exiliraner durch andere Länder.

Vor einer "humanitären Katastrophe" warnte auch der Sicherheitsexperte Horst Teltschik. Die derzeitige Chance für die Bewohner von Ashraf bestehe nur darin, dass das UN-Hilfswerk (UNHCR) sie als Flüchtlinge anerkennt. Selbst die Aufnahme aller Flüchtlinge wäre nach seiner Meinung kein Problem für Deutschland. Ebenso stellten die Oppositionellen keine terroristische Gefahr dar. (nach Presseberichten)

